

KINDERFÖRDERUNGSGESETZ: CDU-Landtagsabgeordnete diskutieren mit Leitungen der Tagesstätten / „Kein Bürgermeister wird gezwungen, bei der Betreuung zu sparen“

Erzieher befürchten Qualitätsverlust

Von unserem Redaktionsmitglied Bertram Bähr



VIERNHEIM. Seit Wochen tobt der Protest gegen das vom Land Hessen geplante Kinderförderungsgesetz. In Kraft treten soll es am 1. Januar 2014. Ist alles, was darin steht, "Schrott"? Oder im Gegenteil "alles wunderbar"? Für Pfarrer Angelo Stipinovich steht fest: "Die Wahrheit muss irgendwo dazwischen liegen."

Um etwas Licht in das komplexe Gesetzesvorhaben zu bringen, hatte er gestern deshalb die CDU-Landtagsabgeordneten Alexander Bauer und Bettina Wiesmann ins Pfarrer-Volk-Haus eingeladen - wo sie sich den kritischen Fragen der Viernheimer Kindertagesstätten-Leiter stellten. Bauer ist Vertreter des Kreises, Wiesmann familienpolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Landtag.

Nach zweistündiger Debatte gab es zumindest eine Befürchtung weniger. Das Gesetz schreibt Mindeststandards vor, Viernheim liegt aber schon lange über diesen Vorgaben. Würde das Land die "Schutzschirm-Kommune" zwingen, ihren hohen Standard auf die Mindestvorgaben abzusenken, um Geld zu sparen? Keinesfalls, machte Bauer eine glasklare Aussage: "Kein Bürgermeister wird gezwungen, im Bereich der Kinderbetreuung zu sparen." Der Abgeordnete führte eine aktuelle Aussage der Landesregierung an. Demnach gelten Betreuungsausgaben - auch zusätzliche, über dem Mindeststandard liegende - als Pflichtaufgaben der Kommunen.

Dennoch könnten die Städte die Standards von sich aus auf die gesetzliche Vorgabe senken. "Es könnte die Situation eintreten", befürchtete Kinderdörfel-Leiter Peter Lichtenthäler, "in der Kommunen sagen: Mehr als vom Land vorgegeben können wir uns nicht leisten." Deshalb müssten die Standards von vornherein höher angesetzt werden, forderte er von der

Landesregierung. So sei beispielsweise die Freistellung der Tagesstättenleitung im Gesetzesentwurf nicht enthalten.

Da es sich um eine landeseinheitliche Regelung handle, muss das Land nach Ansicht von Bettina Wiesmann einen Mittelweg finden: Während Viernheim über den Vorgaben liege, "ist es bei vielen anderen Kommunen so, dass sie den Mindeststandard noch gar nicht erfüllen".

Die große Frage wird sein, wie sich Städte mit besserer Ausstattung verhalten. Vor diesem Hintergrund zeigte Stipinovich sich ein wenig irritiert davon, dass Viernheim sich dazu "noch nicht ganz offiziell geäußert" habe. Im Grunde befürchtet er aber zumindest hier keine Kürzungen. Wenn doch, werde er den Kampf um den Erhalt der Qualität mit der Kommunalpolitik führen.

"Wertschätzung der Arbeit fehlt"

Eine weitere engagierte Diskussion entzündete sich an den Plänen der Landesregierung, stärker als bisher fachfremdes Personal zuzulassen. Der Hinweis, dass dies nur unter ganz strengen Voraussetzungen gehe und die absolute Ausnahme sein solle, besänftigte die Viernheimer Erzieher nicht.

Dass der Einsatz von Förstern, Logopäden oder Kinderkrankenschwestern vor dem Hintergrund eines akuten Mangels an ausgebildeten Erziehern diskutiert wird, empfinden die Betroffenen mit ihrer fünfjährigen Ausbildung als Affront. Stipinovich sprach für alle Anwesenden, als er erklärte: "Notwendig ist die Wertschätzung der Arbeit von Erziehern. Das habe ich in der gesamten Diskussion von niemandem gehört." Auch zur schlechten Bezahlung sage das Gesetz nichts. Inzwischen fand in Wiesbaden eine große Anhörung zum Kinderförderungsgesetz statt. Sie zeigt: Es ist noch alles im Fluss. Stipinovich begrüßte das ausdrücklich: "Mich freut, dass die Verantwortlichen sagen, es wird nachgebessert." So ermutigte Bauer die Anwesenden denn auch, am Ball zu bleiben: "Wir sind offen für alle Kritik."